

Antrag 100/II/2022**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? (Teil 2) Keine Übervorteilung für Entsandte!**

1 Damit Entwicklungszusammenarbeit auf global gerechte
 2 Verhältnisse hinarbeiten kann, muss sie zuerst ihre
 3 eigenen Strukturen neudenken. Denn diese manifestieren
 4 koloniale und rassistische Verhältnisse: Wie wir bereits
 5 mit dem Antrag 35/I/2022 „Gleicher Lohn für gleiche
 6 Arbeit? Für gerechtere Arbeitsstrukturen in der
 7 Entwicklungszusammenarbeit“ festgestellt haben, sind vor
 8 allem die Arbeitsverhältnisse von Mitarbeiter*innen mit
 9 deutschem Arbeitsvertrag und lokalen Beschäftigten un-
 10 verhältnismäßig unterschiedlich- zum Nachteil der lokal
 11 Beschäftigten. Erfolgreich hat die SPD Berlin auf dem Lan-
 12 desparteitag im Juni 2022 ein umfangreiches Maßnahmen-
 13 paket an die Bundestagsfraktion weitergeleitet, dass
 14 die Situation lokal Beschäftigter maßgeblich verbessern
 15 wird, z.B. durch transparente Gehaltsstrukturen, effekti-
 16 vereren Versicherungsschutz und den Zugang zu leitenden
 17 Positionen.

18
 19 Allerdings deckt diese Beschlusslage nur eine Seite der
 20 Medaille ab- die in vielen Fällen überhöhte Bezahlung von
 21 entsandten Mitarbeitenden mit deutschem Arbeitsver-
 22 trag wird nicht miteinbezogen. Inwiefern die Entlohnung
 23 von Entsandten überhöht sein kann, zeigt das Beispiel Tunesien:
 24 Dort verdient eine nationale Arbeitskraft an deutschen
 25 Organisationen oder Institutionen 700 bis 900 Euro,
 26 während deutsche Entsandte mit Gehalt und Auslandszuschlägen
 27 auf ca. 6500 Euro netto kommen. Das ist auch
 28 für vergleichbare Tätigkeiten, die in Deutschland ausgeführt
 29 werden ein eher hoch einzustufendes Gehalt. Bedenkt man
 30 dann noch die niedrigeren Lebenshaltungskosten in Tunesien
 31 und den Mietzuschuss, der 80 Prozent oder mehr der Miete
 32 der*s Entsandten deckt, wird die Unverhältnismäßigkeit
 33 noch evidenter. Das lädt zu villenartigen Residenzen ein,
 34 obwohl eine Dreizimmerwohnung in einem auch bei Expats
 35 beliebten Stadtteil der Hauptstadt Tunis auch für 250 Euro
 36 pro Monat gemietet werden kann. Der Mietkostenzuschuss
 37 läuft nicht nur Gefahr die lokalen Mietpreise in die Höhe
 38 zu treiben, sondern hat auch Auswirkungen auf den deutschen
 39 ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt: Der Mietzuschuss
 40 in Kombination mit dem üppigen Gehalt laden viele Entsandte
 41 dazu ein, eine Wohnung in Deutschland zu halten und leer
 42 stehen zu lassen.

43
 44
 45 Aus diesem Grund muss sich die SPD, die die Regierungs-
 46 verantwortung im Bundesministerium für Wirtschaftliche
 47 Zusammenarbeit hat fragen:

48

Empfehlung der Antragskommission**Zurücküberweisung an FA I zur Überarbeitung und Klarstellung (Konsens)****Überarbeitete Fassung des FA I » Votum Antragskommission: Zurücküberweisung an FA I zur Überarbeitung und Klarstellung**

Damit Entwicklungszusammenarbeit auf global gerechte Verhältnisse hinarbeiten kann, muss sie zuerst ihre eigenen Strukturen neudenken. Denn in diesen manifestieren sich koloniale und rassistische Verhältnisse: Wie wir bereits mit dem Antrag 35/I/2022 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Für gerechtere Arbeitsstrukturen in der Entwicklungszusammenarbeit“ festgestellt haben, bleiben die Vergütung und arbeitsrechtliche Schutzstandards für lokale Fachkräfte in den Partnerländern teilweise um Längen hinter den Standards für ihre deutschen Kolleg*innen zurück. Die SPD Berlin hat auf dem Landesparteitag im Juni 2022 ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, das die Situation lokal Beschäftigter maßgeblich verbessern wird, z.B. durch transparente Gehaltsstrukturen, effektiveren Versicherungsschutz und den Zugang zu leitenden Positionen.

Allerdings deckt diese Beschlusslage nur eine Seite der Medaille ab - die in vielen Fällen überhöhte Bezahlung von entsandten Mitarbeitenden der deutschen Bundesministerien (z.B. AA, BMZ, BMUV o.ä.) wird nicht miteinbezogen. Inwiefern die Entlohnung von solchen Entsandten überhöht sein kann, zeigt das Beispiel Tunesien: Dort verdient eine nationale Arbeitskraft an deutschen Organisationen oder Institutionen 700 bis 900 Euro, während Entsandte von deutschen Bundesministerien, mit Gehalt und Auslandszuschlägen auf ca. 6500 Euro netto kommen. Das ist auch für vergleichbare Tätigkeiten, die in Deutschland ausgeführt werden, ein eher hoch einzustufendes Gehalt. Bedenkt man dann noch die niedrigeren Lebenshaltungskosten in Tunesien und den Mietzuschuss, der 80 Prozent oder mehr der Miete der*s Entsandten deckt, wird die Unverhältnismäßigkeit noch evidenter. Das lädt zu villenartigen Residenzen ein, obwohl eine Dreizimmerwohnung in einem auch bei Expats beliebten Stadtteil der Hauptstadt Tunis auch für 250 Euro pro Monat gemietet werden kann. Der Mietkostenzuschuss läuft nicht nur Gefahr, die lokalen Mietpreise in die Höhe zu treiben, sondern hat auch Auswirkungen auf den deutschen ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt: Der Mietzuschuss in Kombination mit dem üppigen Gehalt laden viele Entsandte deutscher Bundesministerien dazu ein, eine Wohnung in Deutschland zu halten und leer stehen zu lassen.

49 Ist die entsandte Arbeitskraft, die noch dazu nicht die
 50 Expertise über den nationalen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kontext hat, wirklich mehr als
 51 sechsmal so viel wert wie eine lokale Arbeitskraft? Wir
 52 denken eindeutig nein!

53 Deswegen fordern wir:

- 55 • Eine Neubewertung und Anpassung der **Auslands-**
 56 **zuschläge** durch das AA und das BMZ unter Ein-
 57 beziehung der Differenz der Lebenshaltungskosten
 58 in Deutschland und im Entsendeland. Auslandszu-
 59 schläge sollen nicht einen überdurchschnittlichen
 60 Lebensstil finanzieren, sondern einen angemessenen
 61 Standard gewährleisten. Die familiäre Situation
 62 der entsandten Person muss in der Berechnung des
 63 Auslandszuschlages einbezogen werden.
- 64 • Besonders der **Mietkostenzuschuss** muss an dieser
 65 Stelle hinterfragt und neu bewertet werden zumal
 66 er eine Gentrifizierung und den Anstieg der lokalen
 67 Mietpreise im Globalen Süden nach sich ziehen
 68 kann. Besonders eklatant ist dies in Situationen der
 69 Fragilität oder nach Naturkatastrophen, wo externe
 70 Fachkräfte den lokalen Wohnmarkt zerstören durch
 71 einen exponentiellen Anstieg der Mietpreise.
- 72 • Dabei sollten selbstverständlich erhöhte Mietkosten,
 73 die durch die Notwendigkeit von erhöhten Sicherheitsvorkehrungen (z.B.Gated Communities)
 74 in Ländern mit erhöhter Gefahreinstufung durch
 75 das Auswärtige Amt entstehen, weiterhin übernommen
 76 werden.

78
 79 Mit diesen Maßnahmen kann einerseits der extremen
 80 Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz in der Entwicklungszusammenarbeit, die mehr als deutlich gegen den
 81 Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" geht, effektiv entgegengewirkt werden. Das macht die Entwicklungsarbeit glaubwürdiger, weil sie so ihre Arbeitsweise
 82 so an eines ihrer Hauptanliegen, globale Gerechtigkeit zu schaffen, anpasst. Auf der anderen Seite adressiert die Abschaffung des Mietkostenzuschusses, der in Deutschland
 83 zu unnötigem Leerstand von Wohnraum und im globalen Süden den lokalen Wohnungsmarkt in vielen Fällen zu überzogenen Preissteigerungen führt, adressiert.

91
 92
 93
 94
 95
 96
 97
 98
 99
 100
 101

Aus diesem Grund muss sich die SPD, die Regierungsverantwortung unter anderem im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat, fragen:

Ist die entsandte Arbeitskraft, die noch dazu nicht die Expertise über den nationalen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kontext hat, wirklich mehr als sechsmal so viel wert wie eine lokale Arbeitskraft? Wir denken: eindeutig nein!

Deswegen fordern wir:

- Eine Neubewertung und Anpassung der **Auslands-**
zuschläge für Beschäftigte der deutschen Bundesministerien durch das AA und das BMZ unter Einbeziehung der Differenz der Lebenshaltungskosten in Deutschland und im Entsendeland. Diese Auslandszuschläge sollen nicht einen überdurchschnittlichen Lebensstil finanzieren, sondern einen angemessenen Standard gewährleisten. Die familiäre Situation der entsandten Person muss in der Berechnung des Auslandszuschlages einbezogen werden.
- Besonders der **Mietkostenzuschuss** muss an dieser Stelle hinterfragt und neu bewertet werden, zumal er eine Gentrifizierung und den Anstieg der lokalen Mietpreise im Globalen Süden nach sich ziehen kann. Besonders eklatant ist dies in Situationen der Fragilität oder nach Naturkatastrophen, wo externe Fachkräfte den lokalen Wohnmarkt zerstören durch einen exponentiellen Anstieg der Mietpreise, der Expatriates Vorzug zu Wohnraum vor der lokalen oft armen und von Katastrophen betroffenen Bevölkerung gibt.
- Dabei sollten selbstverständlich erhöhte Mietkosten, die durch die Notwendigkeit von erhöhten Sicherheitsvorkehrungen (z.B. Gated Communities) in Ländern mit erhöhter Gefahreinstufung durch das Auswärtige Amt entstehen, weiterhin übernommen werden.

Begründung

Mit diesen Maßnahmen kann einerseits der extremen Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz in der Entwicklungszusammenarbeit, die mehr als deutlich gegen den Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" geht, effektiv entgegengewirkt werden. Das macht die Entwicklungsarbeit glaubwürdiger, weil sie so ihre Arbeitsweise so an eines ihrer Hauptanliegen, globale Gerechtigkeit zu schaffen, anpasst. Auf der anderen Seite adressiert die Neuregulierung des Mietkostenzuschusses einen Trend, der in Deutschland zu unnötigem Leerstand von Wohnraum und im globalen Süden beim lokalen Wohnungsmarkt in vielen Fällen zu überzogenen Preissteigerungen führt.